

Verhandlungen über einen schrittweisen Abbau der Notmaßnahmen

anzuschließen. Es gibt eine Hoffnung für alle Länder; daß die Krise in den nächsten Wochen und Monaten auf der ganzen Welt so ungeheurer rapid Fortschritte machen wird, daß ein Viertel auch nur um Wochen und Monate die Welt in eine Lage bringt, aus der dann vielleicht kein Ausweg mehr zu finden ist. (Lärm bei den Kom.) Dieses Wort wird für die Staatsmänner, mit denen ich in den letzten zwei Jahren gesprochen habe, nichts neues sein. Die Hoffnungen einzelner Länder, daß aus den Konsequenzen einer so ungeheuerlichen Krise wenigstens noch eine Zeit lang fernhalten zu können, länger, als es anderen möglich ist, sind langsam im Schwinden. Keine Wirtschaftsform wird von diesen Konsequenzen verschont sein. (Zuruf von den Kom.: Rußland, das Land ohne Arbeitslose!) Es kommt darauf an, ohne Uebertreibung in den nächsten Wochen jeden Bürger in jedem Staat die Gefahr einzudämmern, vor der die Welt steht. Mit einer Patentmedizin ist weder in Deutschland noch anderswo etwas zu heilen. Ein Volk wie das deutsche muß in der entscheidenden Auseinandersetzung das Höchstmögliche an Intelligenz und Organisationsfähigkeit aufbringen, um den Kampf am längsten aushalten zu können.

Ich wende mich dagegen, daß immer wieder Persönlichkeiten aus der Wirtschaft oder sonst von einem drohenden schnellen Zusammenbruch Deutschlands oder außerhalb Deutschlands Märchen erzählen und die Termine dafür bereits angeben.

Wenn das deutsche Volk die Notwendigkeit, wenn das Letzte daran gesetzt wird, durch Zusammenfassung der dem Volke zur Verfügung stehenden Kräfte, ist das deutsche Volk ganz bestimmt nicht dasjenige, das unter den ersten oder den nächsten sein würde, das infolge der allgemeinen Krise zusammenbrechen würde. Wenn von den Nationalsozialisten wieder ausgeführt wurde, daß die Reichsregierung mit ihren Maßnahmen ärgere, so möchte ich demgegenüber feststellen: Wie viele Wirtschaftsführer und andere Sachverständige habe ich in den vergangenen zwei Jahren gehört, wie haben die Auffassungen gewechselt? Ich bin mit meinen Mitarbeitern gänzlich zugänglich gegenüber jeder Art von Kritik, auch wenn sie noch so hart ist. Nur eins kann ich nicht zulassen: eine Kritik, die keine Rücksicht nimmt auf die Erhaltung der Widerstandskraft des deutschen Volkes und auf die außenpolitische Situation. (Abg. Goebbels-Natlos.: „Berühren die Widerstandskraft durch die Auflösung der SA.“) Sagen Sie mir, was ich in den letzten zwei Jahren getan habe, um die Widerstandskraft des deutschen Volkes zu schwächen. (Lärm und Zurufe h. d. Kom.: „Sie haben uns ausgehungert!“) Ich habe in den zwei vergangenen Jahren auch nicht so gehandelt, wie der Abg. Brüning sich gehöhrt hat, daß ich mit Versprechungen begonnen hätte. Ich habe im Lande von Anfang an erklärt, ich kann nichts versprechen.

Ich fasse es als meine Aufgabe auf, dem deutschen Volke die Wahrheit zu sagen.

Diesen Weg werde ich unentwegt weitergehen. Denn die schwersten Hemmnisse, die für Deutschland allein existierten auf dem unbedingt notwendigen Wege, sie sind überwunden, ohne daß es zu einem Zusammenbruch wirtschaftlicher oder seelischer Art gekommen ist. (Lärm bei den Kom. und Zurufe: Die deutschen Arbeiter verhungern. — Abg. Reinhardt-Natlos.: „Sie haben die SA-Männer auf die Straße geworfen!“)

Auch als Außenminister bin ich verpflichtet, Ihnen (zu den Natlos.) eine Warnung und eine Bitte auszusprechen: Seien Sie in Ihren Unterhaltungen mit ausländischen Politikern etwas vorsichtiger. (Dieser mit erhabener Stimme ausgesprochene Satz wird von der Mehrheit mit lauten Hört! Hört!-Rufen begleitet. — Abg. Torgler-Kom. ruft: „Sprechen Sie sich deutlich aus, wir sind doch keine Heilhehr!“ — Heiterkeit. — Zuruf bei den Natlos.: „Sagen Sie das Herrn Reichsheim und Hilferding!) Es ist nicht wünschenswert, daß das Ausland etwa auf Grund aller möglichen Privatäußerungen hoffen könnte, daß eine etwa nach mir kommende Regierung Kompromißerfünder sein könnte. (Hört! Hört! links. — Zurufe h. d. Natlos. — Abg. Bernd-Dnl.: Solche Methoden kennt man.) Sie wagen meine Methoden zu kritisieren die sie doch überall erklären, daß meine Außenpolitik dem deutschen Volke schädlich ist. Ich habe nur vor der Welt festgestellt wollen, daß diese oder eine andere Regierung von dem, was ich im Januar gesagt habe, aus sachlichen Gründen überhaupt nicht zurückweichen kann.

Zu den Neuerungen des Abg. Straßer über die Pläne der Reichsregierung bezüglich der Arbeitsbeschaffung erklärt der Kanzler: In dem Punkt der Finanzierung scheiden sich die Geister.

Ich lehne es unter allen Umständen bis zum äußersten ab, aus innen- und außenpolitischen Gründen irgend etwas zu tun, was vorübergehend eine kleine Erleichterung bringen und vorübergehend populär machen könnte, was aber die Währung in schwerste Gefahr bringen müßte.

Die hier gemachten Vorschläge würden eine gewisse Gefährdung der Mark zur Folge haben. (Abg. Straßer: Dann müßte durch Ihre Kreditpolitik die Mark in den letzten Wochen und Monaten schon glänzend inflatiert sein!) Wir müssen Wege wählen, die ganz klar sind; wir müssen alles tun, um zu verhindern oder auch nur den Glauben wachzurufen, daß wir gewissermaßen durch ein Hinterlistigen doch eine Inflation herbeiführen wollen. Wir haben Vorschläge zur Arbeitsbeschaffung, die jederzeit in Angriff genommen werden können.

Wir sind an den Vorkämpfen für einen freiwilligen Arbeitsdienst,

der sich den Vorkämpfen der Parteien weit nähert, und können damit auch alsbald anfangen. Es muß aber an eine klare Finanzierung dieser Dinge gegangen werden können. Wir denken nicht daran, nur an die Sicherung des Reichsetats heranzugehen, wir müssen Reich, Länder und Gemeinden unter allen Umständen gleichzeitig sichern, denn es hängt davon der Kredit des Reiches und — selber auch — die gesamte Wirtschaft ab.

Wir müssen auch dafür sorgen, daß der Mittelstand nicht nach erfolgter Umwälzung zugrunde geht. Wir können auch mit der Siedlung in großem Maßstabe beginnen. Ich warne aber vor Illusionen und vor der Schaffung eines Wiener Typs, aus Prestige-Gründen, der schon nach wenigen Jahren keine Berechtigung hat. Auf Zwischenrufe der Rechten geht der Kanzler kurz auf das SA-Verbot

ein und erklärt: Das Verbot war gerechtfertigt. Ich habe lange Zeit mit mir darüber gerungen. Es wird bei jeder Formation, die eine Gefahr dafür bildet, daß an die Stelle der Staatsautorität eine private Autorität gesetzt wird, gerade in diesen schwierigen Momenten unter allen Umständen durchzugehen sein. (Zuruf des Abg. Göring-Natlos.) Wollen Sie wieder sagen, daß das Verbot auf ausländische Einflüsse zurückzuführen ist? (Abg. Göring-Natlos.: Nein, ich sprach von einer gerichtlichen Entscheidung über das Verbot!) Wir müssen dafür sorgen, daß der Staat im Innern zur Ruhe kommt und die Leute nicht aus Angst ihr Geld von den Sparfässen holen. (Lärm rechts.) Es wird

gegenüber jedem Versuch, die Staatsautorität zu untergraben eine feste Linie gegangen werden. Ich würde als verantwortungslos vor der Geschichte gelten müssen, wenn ich nicht endlich damit Schluss gemacht hätte. (Beifall bei den Regierungsparteien. Zuruf rechts: Reichsbanner!) Die neue Rotverordnung gibt die Garantie dafür, daß in Zukunft wenigstens nicht das bisherige beherrscht und daß keine Maßnahmen in Zukunft entstehen können, als ob eine Maßnahme einseitig gegen die eine Seite gerichtete wäre. Diesmal kann die Lösung nicht so sein, daß durch ein Entgegenkommen Deutschlands in einem früher gewaltsam erzwungenen Sinne die Situation in der Welt sich ändern könnte.

Sie kann sich nur ändern, wenn Klarheit in der Reparations- und in der Abrüstungsfrage geschaffen wird und wenn die Welt von dem wahnsinnigen System der Herabsetzung des internationalen Verkehrs und Handels wieder abgeht.

Werden rechte Maßnahmen zur rechten Zeit durchgeführt, dann kann man allerdings zum ersten Mal vielleicht von etwas wie Frieden seit dem Ende des Krieges überhaupt sprechen. Dann kommt auch das Gefühl aus der Welt heraus, daß viele der Sieger immer wieder ängstlich sind vor einem erneuten Kriege. Dies ist ein am besten garantiertes, wenn alle Völker frei für sich nach eigenen Geheiß leben können, aber in Handelsvereinbarungen und im Handelsaustausch mit den anderen. Wenn es gelingt, an Stelle der Scheinprosperität nach dem Weltkrieg eine wirkliche langsam aufsteigende dauernde Prosperität zu schaffen, dann erst wird das Gefühl des Friedens in die Welt einziehen und das Gefühl der Unsicherheit beseitigt sein, das so verhängnisvoll auf die Kreditwirtschaft aller Völker gewirkt hat. (Beifall.) Ich halte es für notwendig, das von dieser Stelle aus den Staatsmännern der ganzen Welt zu sagen. Deutschlands Stimme in der Welt würde fröhlicher Widerhall finden, wenn in dem Kampfe der Parteien eine gewisse Mäßigung eintritten würde.

Ich rate Ihnen (nach rechts), in Ausdruck, Form und Inhalt der Agitation sich rechtzeitig Mäßigung aufzuerlegen, denn die Hoffnungen, die Sie mit Ihrer Agitation erweckt haben, werden Sie nie erfüllen können.

Mich berührt diese Agitation nicht, denn ich will nicht die Ruhe verlieren, die in den letzten 100 Metern vor dem Ziel absolut notwendig ist.

Abg. Kadei (Kom.) führt aus, zwischen den Sozialdemokraten und den Nationalsozialisten entwickelten sich immer größere Uebereinstimmungen in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen. Die Vertretung der wirklich sozialistischen und revolutionären Arbeiterklasse im Kampfe mit Faschismus und Kapitalismus liegt jetzt allein bei den Kommunisten.

Abg. Hermann (SP.) erklärt, seine Freunde würden in der letzten Zeit der schwersten außenpolitischen Entscheidungen dem Reichskanzler nicht in den Rücken fallen, sie würden darum das Mißtrauensvotum gegen die Regierung ablehnen.

Abg. Dr. Kleiner (Dn.) erklärt, der Zustand des hoffnungslosen materiellen und seelischen Elends, dem unser Volk seit der Novemberrevolution ausgeliefert ist, treibt Millionen Menschen in die Verzweiflung. Aber diese Verzweiflung ist nicht nur negativ, sie ist positiv zu werten. Sie hat den geistigen, seelischen und politischen Kampf um die Auferstehung der Nation so weit vorwärtsgerückt, daß heute das erwachende Deutschland mit Jug und Recht die Fortsetzung erheben kann: die für die Politik der Nachkriegszeit, die für die Ohnmachtspolitik und die verlogene Wohlhabenspolitik verantwortlichen Männer müßten so bald wie möglich in der Berleitung verschwinden, aus der sie gekommen sind, und das auf immerwiedersehen. (Lärm im Zentrum.) Die Worte, die Dr. Brüning vor dem Verein der auswärtigen Presse sprach, hätte er in Genf auf der Abrüstungskonferenz des Ministerpräsidenten Tardieu ins Gesicht sagen sollen. Dort hat er es aber nicht gewagt, das Kind endlich beim richtigen Namen zu nennen.

Abg. Hilferding (Soz.) erklärt, das sozialdemokratische Programm des nationalsozialistischen Abgeordneten Straßer hat große Teile von Karl Marx übernommen. — Der Redner gliedert unter großer Heiterkeit einen Satz aus der Straßer-Rede, der auf Seite 10 des „Kapital“ von Karl Marx steht. Die Nationalsozialisten haben niemals die Gelegenheit benutzt, um ihren auf dem Papier stehenden Sozialismus in die Tat umzusetzen. (Rufe bei den Natlos.: Wollen Sie denn die Banken verstaatlichen?) Ja, wohl. Wir haben dahingehende Maßnahmen im vorigen Jahr verlangt, aber da haben Sie im Reichstag gefehlt. (Hört, Hört!) Bei den bevorstehenden Koalitionserhandlungen in Preußen und im Reich haben Sie Gelegenheit, sich um die Verwirklichung sozialistischer Ziele im Arbeits- und Wirtschaftsministerium zu bemühen.

Abg. Dr. Doebling (Dn.) begründet den deutschnationalen Antrag auf Verbot der sozialdemokratischen Freiidenkerorganisation. Diese Organisation habe sich das Ziel gesetzt, das Heiligste im Menschen zu zerstören. (Lauter Widerspruch bei den Soz., Gegenrufe von rechts, großer Lärm.) Der sozialdemokratische Schurak Löwenstein habe geschrieben, jedes Kind, das in den Traditionen der Vergangenheit erzogen ist, sei ein Verlust für die Arbeiterkraft. (Abg. Solmann (Soz.) ruft: Paraphrase! und wird dafür zur Ordnung gerufen.)

Abg. Solmann (Soz.): Ich habe den Eindruck, daß in seiner Freiidenkerversammlung jemand eine so gottlose Rede gehalten kann, wie die Prediger Doebling. Da ist es begreiflich, daß der verkorbene Reichsminister Stresemann es abgelehnt hat, noch einmal ein Gotteshaus zu besuchen, in dem dieser Mann predigt. (Hört, Hört!) Als die Franzosen im Rheinland standen und die sozialdemokratischen, christlichen und kommunistischen Arbeiter gegen die Separatisten kämpften, war kein Hitler, kein Goebbels, kein Holentzug, kein Schwarzweißrot im Rheinland zu sehen. (Hört! Hört! links, Unruhe rechts.) Als wir die Rathhäuser klärten und die Separatisten hinausjagten, in derselben Zeit machte Hitler seinen Putsch in München und leistete damit den Franzosen Hilfe. (Hört! Hört! links, Lärm bei den Natlos, Ordnungsrufe des Präsidiums gegen nationalsoz. Zwischenrufer.)

Abg. Abel (Volkstat. Reichsvereinigung) bezeichnet es als das Ziel der Bände, im Gegensatz zum Streit der Parteien den Geist der Volksgemeinschaft zu verbreiten.

Nach weiteren Bemerkungen des Abgeordneten Dörich (Landvolk) und Mollath (SP.) ist die Aussprache um 1 Uhr nachts beendet.

Abg. Ley (Natlos.) erklärt dem Abg. Solmann gegenüber, er selbst und viele andere Nationalsozialisten hätten während der Ruhrbesetzung gegen Franzosen und Separatisten gekämpft. Sozialdemokraten und Kommunisten hätten auch in diesem Kampfe gefehlt, aber Abgeordneter Solmann und der zu seinem Sektionsrat gehörende Separatist Smoot seien nicht dabei gewesen.

Es folgen noch weitere persönliche Bemerkungen der Abgeordneten Ley und Solmann, bis endlich gegen 1:30 Uhr der Präsidium die Sitzung nach mehr als 15stündiger Dauer schließt und die nächste Sitzung auf Donnerstag 10 Uhr vormittags anberaumt kann.

Auf der Tagesordnung stehen die Abstimmungen.

Die Rede des Kanzlers

Das Reichskabinett mag der Ueberzeugung sein, daß es die vier Tage der Reichstagsberatung übersteht, ohne gestürzt zu werden. Im Innern seines Herzens aber wird der Reichskanzler Dr. Brüning, der den Vorenhandlungen tagelang bleich und schüchtern zusah, sich dabei über klar sein, daß das Kabinett keine Tage nicht gefestigt hat, auch wenn alle Mißtrauensanträge abgelehnt werden. Das letztere ist noch nicht einmal sicher, da sich die Wirtschaftspartei plötzlich entschlossen hat, Mißtrauensanträge gegen die Minister Schlangensieding und Schleier einzubringen. Ueber den Grund zu dieser Haltung einer Regierungspartei bestehen mancherlei Vermutungen. Teilweise wird die Anwendung der Osthilfe dafür angeführt, die zwar dem Großgrundbesitz einen Aufschwung gebracht, aber zum großen Teil zu Lasten der mittelständischen Betriebe. Weiter hört man, daß die weitgehende finanzielle Unterstützung der Landwirtschaft und ihrer Organisation den Widerstand der Wirtschaftspartei hervorgerufen hat.

Das Auftreten des Ministers Cromeier am Dienstag hat die lustlose Stimmung der Regierungsparteien noch verstärkt. Die Berliner Blätter suchen zwar den katastrophalen Eindruck der Rede des Ministers soweit als möglich abzumildern und alle Schuld auf den Gesundheitszustand des Ministers zu legen. Der ungünstige Eindruck aber bleibt bestehen. Wenn das Kabinett noch einmal eine Mehrheit davonträgt, so bestimmt nicht aus der inneren Verbundenheit seiner Parteien zu ihm. Immer häufiger hört man die Stimmen aus verschiedenen Lagern der Regierungskoalition, daß die Forderung der Deutschen Volkspartei, die Nationalsozialisten schon im vorigen Jahre zur Verantwortung heranzuziehen, sich als richtig erweisen hat. Die Folgerungen aus solchen Erkenntnissen mag man aber nicht zu ziehen oder jetzt noch nicht herzustellen. Man verweilt in diesen Kreisen auf die bevorstehenden außenpolitischen Entscheidungen und gibt mehr oder weniger offen zu, daß sich die Dinge so zuspitzen haben, daß man es dem Reichskanzler und Außenminister erst einmal überlassen müsse, in Lausanne herauszuholen, was herauszuholen ist.

Reichskanzler Dr. Brüning hat am Mittwoch versucht, in einer teilweise sehr wirkungslosen Rede die Lage seines Kabinetts zu verbessern. Er begann mit ernstlichen Warnungen, die er insbesondere an die an der Lösung der Reparationsfrage beteiligten Regierungen richtete. Die Erwartungen der Völker auf die Konferenz dürften nicht enttäuscht werden. Wenn es gelänge, die Schulden zu streichen, dann werde überall in der Welt eine Besserung eintreten. Dann polemisierte er gegen die Vorschläge des Abg. Dr. Straßer, der in manchen Einzelheiten Dinge ausgesprochen habe, die die Regierung plane. Mit aller Energie wies der Kanzler darauf hin, daß keine Finanzierung der Arbeitsbeschaffung für ihn erträglich sei, bei der die Währung in Gefahr kommen könne. Starke Eindruck machte es im Hause, als der Kanzler zu den Nationalsozialisten gewendet erklärte: seien Sie bitte in Ihren privaten Unterhaltungen mit auswärtigen Politikern etwas vorsichtiger! Er lehnte es unter allen Umständen ab, daß eine nach ihm kommende Regierung in der Reparationsfrage Kompromißerfünder sein könne. Am Schluß seiner Ausführungen warnte Brüning die Nationalsozialisten noch einmal, in der Agitation Hoffnungen zu erwecken, die sie bei Regierungsübernahme nicht erfüllen könnten. Er persönlich lehnte es ab, die Ruhe bei den letzten 11 Metern vor dem Ziele zu verlieren. ***

Das Echo der Kanzlerrede in der Berliner Presse

Berlin, 12. Mai. Die gestrige Rede des Reichskanzlers findet in den Morgenblättern ein lebhaftes Echo. Die „Germania“ sagt, noch niemals zuvor sind mit der gleichen Eindringlichkeit der ganzen Welt die unabsehbaren Gefahren einer weiteren Verschleppung unausweichlicher Entscheidungen vor Augen geführt worden. Die Unterlassungen, deren sich die internationale Politik seit Monaten schuldig macht, sind in ihren verhängnisvollen Folgen bereits zu weit gediehen, als daß sie nur Deutschland allein betreffen könnten. Reichskanzler Dr. Brüning war in seiner gestrigen Rede nicht der von der Februar-Tagung des Reichstages bekannte temperamentvolle Redner, der sich nicht seinen Geannern polemisch auseinandersetzt, sondern der von seiner Vaterlandsliebe befehlte Sachwalter der Nation. — Die „Vossische Zeitung“ nennt die Rede ein warnendes Momentum an die künftigen Verhandlungspartner am Konferenztisch, aber auch eine Warnung an das deutsche Volk, in den nächsten Monaten die Nerven nicht zu verlieren und einzig zusammenzustehen hinter der Regierung. — Der „Spreerkurier“ unterstreicht besonders, daß Brüning jede Herausforderung dafür bestritten habe, daß Deutschland nach einigen Jahren seine Zahlungen wieder aufnehmen oder eine Restzahlung leisten könne. — Das „Berliner Tageblatt“ bezeichnet die Rede als diejenige eines Staatsmannes, der nicht mehr um Vertrauen werden zu müssen glaubt, weil er davon überzeugt sei, daß sein ethisches Wollen ihm bei denen, die nicht verantwortungslos Demagogen seien, von selbst Vertrauen schaffen müsse. — Der „Vorwärts“ spricht von einer Warnung an die Welt vor der Lausanner Konferenz. — Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meint, daß auch die Rede des Kanzlers die Frage nicht beantwortet habe: Wo steht Brüning? Sicher sei nur eins, es seien keine Taten zugeschlagen und keine Möglichkeiten verbaut worden. Brüning sei zweifellos ein führender, wahrscheinlich überhaupt der führende Kopf der deutschen Politik, aber so von dem Glauben an den Erfolg besessener, wies er für sachlich richtig halte, daß er auf diese eine Karte vielleicht allzuviel Vertrauen lege. — Die „Vossische Zeitung“ ist der Ansicht, daß Brüning's Rede weniger als sonst auf die Parole „Der Feind steht rechts“ eingestellt war. In